

ANDREAS GOTTMANN

Archivbericht: ‚Finis Austriae‘ im Archiv der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten (Affari Ecclesiastici Straordinari)

Mit der Kurienreform des Jahres 1908 wurde die Anfang des 19. Jahrhunderts gegründete ‚Congregazione per gli affari ecclesiastici straordinari‘ unter Beibehaltung ihres Namens dem päpstlichen Staatssekretariat eingegliedert, das in drei Sektionen mit genau umschriebenen Kompetenzen unterteilt wurde. Den ‚Affari Ecclesiastici‘, dem schon bisher zentralen Beratungsgremium des Papstes in außenpolitischen Angelegenheiten, unterstanden als nunmehr erster Sektion des Staatssekretariats die Beziehungen zu den Staaten, also die gesamte vatikanische Diplomatie, und die päpstliche Außenpolitik. Die beiden anderen Sektionen befassten sich mit innerkirchlichen Angelegenheiten und den päpstlichen Breven. Die ‚Affari Ecclesiastici‘ sind daher unter dem Pontifikat Pius’ XI. der zentrale Archivbestand für das Verhältnis von Kirche und Staat. Hier sind der größte Teil der politischen Berichte abgelegt, weiters die Weisungen des Staatssekretärs an die Nuntien sowie die politische Korrespondenz mit der Vatikanbotschaft, mit Regierungsstellen und mit den Diözesanbischöfen. Da die Übergänge zu den anderen Agenden des Staatssekretariats fließend sind, finden sich in den ‚Affari Ecclesiastici‘ zahlreiche aus heutiger Sicht als innerkirchlich zu betrachtende Gegenstände, aber auch im Staatssekretariat sind vereinzelt Aktenstücke zu politischen Belangen abgelegt, die für eine abgerundete historische Bewertung unbedingt heranzuziehen sind.

Der Bestand der ‚Affari Ecclesiastici‘ untergliedert sich in eine allgemeine Reihe, wo die Akten thematisch abgelegt sind, und in die Sitzungsberichte der Kardinalskongregation, die als Beratungsorgan des Staatssekretärs und des Papstes fungierte. Es ist auffallend, dass es in den zwanziger Jahren nur eine einzige Sitzung zu einer österreichischen Thematik stattfand und diese sich auf die Besetzung eines Bischofsstuhles (St. Pölten) bezog, es gab hingegen mehrere Sitzungen zu den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie. 1931 wurden zwei Sitzungen zum Konkordatsprojekt abgehalten. Es war das allerdings auch schon wieder die letzte Sitzung zu Österreich, denn Staatssekretär Eugenio Pacelli setzte stärker auf persönliche Einschätzungen als auf Beratungsgremien und zog außenpolitische Entscheidungen an sich, was die Bedeutung der Kardinalskongregation deutlich verminderte. Ausgehend von der allgemeinen Reihe der ‚Affari Ecclesiastici‘ können aber auch für die dreißiger Jahre die Themenschwerpunkte herausgearbeitet werden, die das Verhältnis zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich bestimmten.

Schon aus einer ersten quantitativen Sichtung der auf Österreich bezogenen Archivbestände für das Pontifikat Pius XI. in den ‚Affari Ecclesiastici‘ wird die verminderte Bedeutung der Republik und der Wiener Nuntiatur nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns deutlich, sowohl im Vergleich zu früheren Pontifikaten als auch zu den auf Deutschland bezogenen Beständen. Allerdings kam der Wiener Nuntiatur bis 1938 als mitteleuropäischer Drehscheibe immer noch eine gewisse Bedeutung zu, die Dokumente sind bis zum Zweiten Weltkrieg daher weiterhin unter dem Titel „Austria-Ungheria“ abgelegt. Bis weit in die zwanziger Jahre hinein wurden viele eigentlich auf die Nachfolgestaaten bezogene Agenden von Wien aus betreut, obwohl der Hl. Stuhl in diesen Staaten bereits diplomatische Vertretungen unterhielt. Aufgrund der langen Amtszeit von Nuntius Enrico Sibilias (1923–1935) zeigt sich eine große Kontinuität im Verhältnis zwischen Wien und dem Hl. Stuhl¹. Allerdings hatte sein Einsatz für die Etablierung des Ständestaates – er stand Dollfuß sehr nahe² – zur Folge, dass andere Informationskanäle abseits der Nuntiatur bedeutender wurden. Trotz der kurzen Amtszeit von Sibilias Nachfolger Gaetano Cicognani, von 1936 bis 1938, ist diese Periode besonders reich an politisch relevanten Berichten.

¹ Instruktion an Sibilias vom Jänner 1923, Affari Ecclesiastici Straordinari (der Titel des Bestands wird in der Folge nicht mehr zitiert), fasc. 21, P.O. 849, fol. 52–56.

² Innitzer an Pacelli vom 19. Dezember 1933, fasc. 40, P.O. 881, fol. 18f.

Insgesamt umfasst der im Herbst 2006 neu zugänglich gemachte Aktenbestand der ‚Affari Ecclesiastici‘ zu Österreich über 80 Faszikel im Umfang von 50 bis 100 Folios³, wobei sich die unten ausgeführten inhaltlichen Schwerpunkte ergeben. Da es sich hier um einen Archivbericht und keine erschöpfende Analyse der Thematik handelt, wird in der Folge nur exemplarisch auf einige Standardwerke hingewiesen, zu denen die erwähnten Archivbestände eine Bestätigung und wertvolle Ergänzung darstellen; eine genauere Beurteilung muss aber detaillierten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen überlassen bleiben.

Regierung Seipel

Die Berichte des Nuntius konzentrieren sich in den zwanziger Jahren zunächst auf die Folgen der politischen und ökonomischen Situation für die religiösen Interessen. Die Politik Seipels und die Genfer Anleihe werden ausführlich behandelt. Nach dem knappen Wahlsieg Seipels im Frühjahr 1927, für Sibilias ein Zeichen der dringenden Notwendigkeit einer Vereinigung der konservativen Kräfte zur Verteidigung der katholischen Sache, ist eine deutliche Radikalisierung der Wortwahl festzustellen. Der Nuntius drängte auf einen Ausbau des katholischen Schulwesens, denn die Jugenderziehung sollte nicht völlig dem Einfluss des Roten Wiens und der Sozialdemokraten überlassen werden⁴. Nach dem Justizpalastbrand intensivierte sich das Drängen der vatikanischen Diplomatie auf eine Vereinigung der katholisch-konservativen Kräfte, wobei die Heimwehren als notwendiges Instrument im Kampf gegen den Sozialismus gesehen wurden. Papst Pius XI. richtete auf Anregung Seipels einen Brief an den österreichischen Episkopat, in dem er die Bischöfe und den Klerus aufforderte, die religiösen Interessen mit der nötigen Härte zu verteidigen und die christliche Erziehung der Jugend zu fördern⁵.

Auch der Rücktritt Seipels im Jahre 1929 wurde vom Nuntius als Symptom der politischen Eskalation gesehen. Seipel selbst habe ihm mitgeteilt, berichtet Sibilias, dass gegen die Sozialisten nun weitaus härtere Mittel eingesetzt werden müssten, was er als Kirchenmann aber nicht tun könne, weshalb sein Rücktritt unvermeidlich geworden sei⁶. Im Auftrag von Staatssekretär Pietro Gasparri erstellte der frühere Reichsratsabgeordnete und Priester Luigi Faidutti im Jahre 1929 auf Grundlage von Gesprächen mit christlichsozialen Politikern ein ausführliches Gutachten⁷. Wie schon in seinen Berichten seit 1927 stehen auch die Schreiben Sibilias in den folgenden Jahren unter dem Zeichen des Bemühens um eine Vereinigung der katholisch-konservativen Kräfte und einer positiven Bewertung der Heimwehren⁸, wobei er dem Beitrag katholischer Laienbewegungen zur Erreichung dieses Zieles große Bedeutung beimaß⁹. Höchste Priorität hatte natürlich der Abschluss eines Konkordats mit der Republik Österreich.

³ Allein der Faszikel 70bis zur Haltung des Episkopats zum Anschluss umfasst knapp 600 Folios.

⁴ Sibilias vom 30. April 1927, fasc. 23, P.O. 825, fol. 12.

⁵ Das päpstliche Schreiben vom 16. September 1927 ebd., fol. 22f., das Schreiben des Nuntius bezüglich der Heimwehren vom 9. Oktober 1928 ebd., fol. 40f. Hinsichtlich der Heimwehren siehe E. WEINZIERL, Kirche und Politik, in: Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Band 1, hrsg. von E. WEINZIERL und K. SKALNIK. Graz–Wien–Köln 1983, 437–494.

⁶ Sibilias vom 4. April 1929, ebd., fol. 55f. Zu Seipel siehe K. KLEMPERER, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit (Amerikanischer Originaltitel: Seipel Ignaz, Christian Statesman in a Time of Crisis), Vom Verfasser erweiterte und revidierte Auflage, übers. von K. Margreth. Graz–Wien–Köln 1976 sowie F. RENNHOFFER, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann. Eine biographische Dokumentation (Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek 2), Wien–Köln–Graz 1978. Weiters A. DIAMANT, Die österreichischen Katholiken und die Erste Republik. Demokratie, Kapitalismus und soziale Ordnung 1918–1934 (Amerikanischer Originaltitel: Austrian Catholics and the First Republic–Democracy, Capitalism and the Social Order 1918–1934), Übers. von N. Leser. Wien 1960, sowie E. HANISCH, Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938 (Veröffentlichung des Instituts für Kirchliche Zeitgeschichte am internationalen Forschungszentrum für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg, II. Serie, Studien 5). Wien–Salzburg 1977.

⁷ Faidutti an Gasparri vom 6. August 1929, fasc. 20, P.O. 848, fol. 69–87. Er traf u.a. mit Miklas, Funder und Seipel zusammen. Faidutti stellte die Gefahr einer bolschewistischen Machtübernahme in Wien in den Raum; fasc. 21, P.O. 848, fol. 23f.

⁸ Fasc. 24, P.O. 825.

⁹ Fasc. 14–17, P.O. 822.

Konkordat und Ständestaat

Den kirchlichen Positionen zu den Konkordatsverhandlungen seit 1929 ist ein eigener Unterbestand gewidmet¹⁰, und auch zu seiner Ausführung und Umsetzung gibt es einen größeren Aktenbestand mit den Schwerpunkten Jugendorganisationen, Theologiestudium, Eheangelegenheiten, Patronatsfrage und Unterrichtsangelegenheiten¹¹.

Großes Interesse zeigte der Hl. Stuhl an der Errichtung einer katholischen Universität in Salzburg, die aber entgegen den Wünschen der vatikanischen Diplomatie aus den Konkordatsverhandlungen ausgeklammert wurde. Zur Errichtung der Universität kam es auch wegen kircheninterner Streitigkeiten nicht, der Universitätsverein wurde nach dem Anschluss von der Gestapo aufgelöst, und seine Güter wurden konfisziert¹².

Seinen politischen Niederschlag fand das Konkordat in der ideologischen und politischen Allianz zwischen Dollfuß-Regime und katholischer Kirche. Es wird die bedingungslose Unterstützung des politisch-ideologischen Konzepts des Ständestaates durch die Nuntiatur und durch Staatssekretär Eugenio Pacelli deutlich, der einen Verfassungsbruch ausdrücklich befürwortete¹³. Der Hl. Stuhl war allerdings auch an der Idee einer Aussöhnung mit den Arbeitern interessiert und beauftragte den führenden Exponenten dieser christlichsozialen Richtung, den Wiener Vizebürgermeister Ernst Karl Winter, mit der Ausarbeitung eines Memorandums an den Papst. Winter distanzierte sich darin von der Politik Dollfuß' und bezeichnete es als historischen Fehler, dass die Regierung keinen Kompromiss mit der Sozialdemokratie gesucht habe. Der Hl. Stuhl forderte Winter mit wenig konkreten Worten auf, sich auch fortan für eine Aussöhnung von Arbeitern und katholischer Kirche einzusetzen¹⁴.

Die Ereignisse rund um die Ermordung Dollfuß' und die Tätigkeit der Regierung Schuschnigg wurden von der vatikanischen Diplomatie genau beobachtet. Die an der Politik des Ständestaats orientierten Berichte von Nuntius Sibia werden unter seinem Nachfolger Cicognani von neutraleren und distanzierteren Betrachtungen abgelöst. Cicognani berichtet ausführlich über das Juliabkommen zwischen Schuschnigg und Hitler sowie über die Konsultationen zwischen österreichischen und italienischen Regierungsvertretern¹⁵. Den Initiativen der Regierung Schuschnigg und der Vaterländischen Front zur Förderung des Österreichpatriotismus – ausgehend von einem Memorandum der Vatikanbotschaft aus dem Jahr 1935 über die Bedeutung der Vaterländischen Front und der ständestaatlichen Verfassung für das Österreichbewusstsein – widmet Nuntius Cicognani breiten Raum¹⁶.

Trotz der Unterstützung der katholischen Kirche für den Ständestaat gab es auch Streitpunkte, vor allem was die Gründung einer Jugendorganisation der Vaterländischen Front und die mögliche Eingliederung der Katholischen Jugend in diese Bewegung betraf. Nuntius Sibia berichtete erstmals im Herbst 1934 darüber und über regierungsinterne Streitigkeiten, weil Starhemberg eine totalitär ausgerichtete Organisation nach dem Vorbild der italienischen Balilla anstrebte, was vom Episkopat abgelehnt wurde, der um die Existenz der Katholischen Jugend fürchtete. Damit war im größeren Rahmen auch die Frage der Eigenständigkeit der ‚Katholischen Aktion‘ in bzw. neben der ‚Vaterländischen Front‘ verbunden. In den folgenden Monaten kam es zu einem regen Briefwechsel zwischen Nuntiatur, Bischöfen, Vatikan und österreichischer Botschaft, und Anfang 1936 legte der Linzer Bischof Gföllner ein Memorandum vor, in dem er im Namen der Bischofskonferenz auf dem Fortbestand der

¹⁰ Fasc. I–V, P.O. 862. Es ergeben sich folgende inhaltliche Schwerpunkte: Standpunkte der Bischöfe, Gutachten Hudals, detaillierte Überlegungen zu einzelnen Punkten, Korrespondenz des Hl. Stuhls mit den Bischöfen und der Vatikanbotschaft, Entwürfe, endgültige Redaktionsvorschläge.

¹¹ Fasc. 48, P.O. 887 und fasc. 49, P.O. 889. Zum Konkordat siehe das Standardwerk von E. WEINZIERL-FISCHER, *Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933*. Wien 1960.

¹² Fasc. 53–55, P.O. 892.

¹³ Fasc. 40, 41 und 42, P.O. 881.

¹⁴ Memorandum Ernst Karl Winters vom 13. November 1934, fasc. 42, P.O. 881, fol. 104–107. Zur Stellungnahme des Hl. Stuhls ebd., fol. 108.

¹⁵ Fasc. 52 und 53, P.O. 890.

¹⁶ *Die innenpolitische Basis der Regierung bildet die zu möglichst enger Gemeinschaft zusammengeschlossene Front der Österreicher, die ein selbständiges und unabhängiges Österreich wollen*. Das Memorandum vom 7. Dezember 1935 in fasc. 43, P.O. 881, fol. 10–19. Zum Österreichpatriotismus aus der Sicht des Hl. Stuhl siehe fasc. 63, P.O. 902 sowie fasc. 64, P.O. 903.

KJ bestand, wovon sich Innitzer wenig später allerdings distanzierte. Nach der Entlassung Starhemburgs stimmte Pacelli einer ‚Harmonisierung‘ der Katholischen Jugend mit der staatlichen Jugendorganisation zu, und der Salzburger Bischof Waitz forderte die Jugend auf, in das „Österreichische Jungvolk“ einzutreten. Pacelli stand den dann abgeschlossenen Vereinbarungen zwischen den bischöflichen Ordinariaten und den lokalen Leitungen der staatlichen Jugendorganisation kritisch gegenüber, konnte aber nicht verhindern, dass dieser Weg in allen Diözesen beschritten wurde. Die Frage blieb kirchenintern umstritten und es kam immer wieder zu Protesten der Katholischen Aktion und der Katholischen Jugend gegen die staatliche Behinderung und Bevormundung¹⁷.

Eine kircheninterne Streitfrage war auch die Haltung der Kirche zur ‚Neulandbewegung‘, die von Sibilias als Gefahr für die Laien und für die Priesterausbildung gesehen wurde. Der Neulandbewegung wurde zunächst Nähe zum Sozialismus, dann zum Nationalsozialismus vorgeworfen, tatsächlich waren es aber wohl ihre Verbindungen zu den von Klosterneuburg ausgehenden liturgischen Reformtendenzen, die bei vielen Kirchenleuten Misstrauen hervorriefen. Innitzer wurde ein Naheverhältnis zu Neuland nachgesagt, er untersagte zwar die Mitgliedschaft von Seminaristen bei Neuland, verteidigte die Bewegung aber in persönlichen Gesprächen mit Kurienvertretern in Rom¹⁸.

Der Nationalsozialismus, der Anschluss und seine kirchenpolitischen Folgen

Die Haltung des österreichischen Episkopats zum Nationalsozialismus war uneinheitlich. Der Hirtenbrief des Linzer Bischofs Gföllner „Über den wahren und falschen Nationalismus“ rief im Jahr 1933 eine Welle von Reaktionen für und wider die darin geäußerten Thesen hervor. Auch der Salzburger Erzbischof Waitz wettete gegen den Nationalsozialismus, verurteilte die Rassentheorie und verband das mit Lob auf die ‚katholische‘ Dollfuss-Regierung. Auf Aufforderung des Hl. Stuhls erstellte Innitzer ein Memorandum gegen den Nationalsozialismus und es folgte auch ein diesbezüglicher Hirtenbrief des österreichischen Episkopats¹⁹. Die uneinheitliche Haltung des österreichischen Episkopats, die von strikter Ablehnung des Nationalsozialismus bis zu verhaltener Sympathie reichte – die auch Innitzer nachgesagt wurde – störte das sonst so gute Einvernehmen zwischen Kirche und Staat und führte dazu, dass Nuntius Sibilias im Mai 1934 persönlich zwischen Dollfuss und Innitzer vermitteln musste²⁰.

Bischof Hudal, der von Pacelli 1934 mit einem Gutachten über das Verhältnis der österreichischen Kirche zum Nationalsozialismus beauftragt wurde, forderte damals noch eine klare Verurteilung der Irrtümer des Nationalsozialismus durch den Hl. Stuhl²¹. Zum ‚Fall‘ wurde Hudal erst zwei Jahre später, als er seine „Grundlagen des Nationalsozialismus“ veröffentlichte, ein Buch, das von Teilen der österreichischen Bischofskonferenz, insbesondere von Waitz und Gföllner, abgelehnt wurde. Hudal reagierte beleidigt und griff die österreichischen Bischöfe an: Innitzer sei schwach, Waitz und Gföllner seien Intriganten. Innitzer versuchte Hudal zu beruhigen, er solle die Kritik nicht zu tragisch nehmen, *schließlich wird alles gut ausgehen*. Das Buch Hudals wurde jedoch in Deutschland verboten, und die italienische Ausgabe wurde ihm vom Hl. Stuhl untersagt²².

Der Hl. Stuhl beschäftigte sich immer wieder mit einem möglichen Anschluss, ab dem Juliabkommen 1936 dominierten diese Frage und die uneinheitliche Haltung des Episkopats dazu die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Österreich²³. Innitzer – Hudal warf ihm vor, *keine feste Richtung* zu haben –, begrüßte im Namen der Bischofskonferenz das Abkommen, ihm wurde aber von den Bischöfen von Linz, Salzburg und Graz widersprochen, die laut Hudal eine *deutschfeindliche Haltung* an den

¹⁷ Fasc. 56–58, P.O. 893.

¹⁸ Zu Neuland siehe v.a. fasc. 15 und 16, P.O. 822.

¹⁹ Fasc. 36, P.O. 873, das Schreiben von Waitz fol. 34–37, der des Episkopats fol. 38–42, weiters dazu fasc. 44, P.O. 883.

²⁰ Sibilias vom 28. Mai 1934, fasc. 47, P.O. 885, fol. 62f.

²¹ Fasc. 44, P.O. 883, fol. 32f.

²² Von einer Veröffentlichung in der Schriftenreihe „Vita e Pensiero“ Pater Gemellis nahm Hudal übrigens selbst Abstand, weil Gemelli einen Artikel gegen den Nationalsozialismus verfasst hatte, fasc. 65, P.O. 904, fol. 3f. Ausführliche Korrespondenz zum ‚Fall Hudal‘ auch in fasc. 64, P.O. 904, das Schreiben Innitzers an Hudal vom 18. November 1936 ebd., fol. 58.

²³ Die Korrespondenz zum Juliabkommen in fasc. 60, P.O. 900.

Tag legten. Hudal sprach von einem *Bruderkampf im Katholizismus* und drängte Pacelli zur Herausgabe genauer Richtlinien an den Episkopat, doch dieser dachte nicht daran, die österreichischen Bischöfe auf die kompromissbereite Linie Schuschniggs und Innitzers einzuschwören²⁴. Nuntius Cicognani berichtete in der Folge detailliert über die Aktivitäten der Nationalsozialisten in Österreich und über die verzweifelten Versuche zur Stärkung der österreichischen Identität. Bestürzung löste im Vatikan die Bemerkung Schuschniggs vom Juli 1937 aus, die Enzyklika „Quadrogesimo anno“, die bislang als ideologische Grundlage des ständestaatlichen Regimes galt, biete kein Rezept für politisches Handeln²⁵.

In den ersten Monaten des Jahres 1938, ab dem Berchtesgadener Treffen zwischen Hitler und Schuschnigg, ist eine sprunghafte Vermehrung der Dokumente festzustellen, die von einer äußerst intensiven Beschäftigung des Vatikans mit Österreich zeugen. Der Nuntius berichtete bis ins kleinste Detail und kritisierte die nachgiebige Haltung Schuschniggs. Der Bundeskanzler habe jede Hoffnung aufgegeben und habe ihm mitgeteilt, Hitler sei entschlossen, Österreich zu annektieren; sein nächstes Opfer sei die Tschechoslowakei, wobei Hitler weder internationale Abkommen respektieren noch einen großen Krieg scheuen werde²⁶. Ähnlich war auch der Wortlaut eines Schreibens Schuschniggs an Otto Habsburg, der angeboten hatte, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen: die Dynastie würde in dieser aussichtslosen Situation ihren letzten Kredit verspielen²⁷.

Eine mögliche Rückkehr der Habsburger auf den österreichischen Thron beschäftigte den Hl. Stuhl seit jeher, und nach dem Tod Kaiser Karls hatte sich die vatikanische Diplomatie für Kaiserin Zita und ihre Kinder eingesetzt²⁸. Aktuell wurde die Frage erst wieder in den Monaten vor dem Anschluss, als die Initiativen der legitimistisch eingestellten Bischöfe genau beobachtet wurden. So reiste der Linzer Bischof Gföllner im Frühjahr 1937 im Auftrag des Bundeskanzlers zu Zita und Otto nach Belgien. Schuschnigg ließ Otto allerdings schon damals ausrichten, dass eine Rückkehr der Habsburger – die von Hitler und vom deutschen Außenminister als *nichtdeutsche Rasse* bezeichnet wurden – im Moment nicht opportun sei²⁹.

Bischof Gföllner war es auch, der am meisten auf eine klare Haltung des Episkopats und auf ein Engagement der katholischen Kirche für die Unabhängigkeit Österreichs drängte, und Innitzer ersuchte am 4. März 1938 den Papst in diesem Sinn um Hilfe. In Rom sah man allerdings keinen Grund zur Eile, und so erübrigte sich auch eine von Pacelli konzipierte äußerst allgemein gefasste Stellungnahme des Hl. Stuhls, in der „Österreich“ nicht einmal Erwähnung fand³⁰.

Auffallend ist der Gegensatz zwischen offizieller Zurückhaltung und interner Sprache der vatikanischen Diplomatie. Gegenüber dem englischen Botschafter, der zu Pacelli hinsichtlich eines möglichen Eingreifens der Westmächte meinte, die Gefühle Englands seien gegen die Anwendung von Gewalt, antwortete der Staatssekretär, nicht Gefühle, nur Kanonen könnten die Deutschen stoppen³¹, und Nuntius Cicognani versuchte Kardinal Innitzer nach dem Anschluss vergeblich von seiner verhängnisvollen Loyalitätserklärung zu Hitler und zum Nationalsozialismus abzuhalten³². Auch untersagte Pacelli

²⁴ Hudal an Pacelli vom 30. Juli 1936 und Pacelli an Hudal vom 10. August 1936, fasc. 61, P.O. 900, fol. 31f. und 36.

²⁵ Cicognani an Pacelli vom 21. Juli 1937, fasc. 62, P.O. 900, fol. 3f.

²⁶ Cicognani zitiert aus dem Gespräch mit Schuschnigg: *Dato questo suo temperamento assoluto, impossibile discutere con lui, che per giunta crede di avere la provvidenziale missione di dover unificare tutti i tedeschi in un forte invincibile popolo. Egli ha il proposito di anettere anche la Cecoslovacchia e ad impedire ciò nulla potranno i trattati. Se per compiere questo programma ci vorrà una guerra, la farà, anzi ritiene che una guerra si impone.* Cicognani an Pacelli vom 6. März 1938, fasc. 62, P.O. 900, fol. 61f. Hier auch die gesammelten Berichte des Nuntius von Berchtesgaden bis zum Anschluss.

²⁷ Der Briefwechsel zwischen Otto und Schuschnigg in Abschrift in fasc. 67, P.O. 910, fol. 10–15.

²⁸ Fasc. 18, P.O. 837, fol. 53–76.

²⁹ Cicognani an Pacelli vom 23. März 1937, fasc. 60, P.O. 899, fol. 32–37.

³⁰ Cicognani berichtete am 21. Februar 1938 über die Initiative Gföllners, fasc. 66, P.O. 910, fol. 30–33, das Schreiben Innitzers an Pacelli vom 4. März 1938 ebd., fol. 34. Der nicht abgesandte Brief Pacellis ebd., fol. 35.

³¹ *I sentimenti non possono frenare i tedeschi, ai quali l'unica cosa che potrà far paura è il canone.* Gesprächsprotokoll Pacellis vom 12. März 1938, ebd., fol. 36.

³² Cicognani an Pacelli vom 14. März 1938, ebd., fol. 59.

Bischof Hudal mit scharfen Worten, den Anschluss durch ein *Te Deum* in der *Anima* zu würdigen³³, und Radio Vatikan verurteilte das Treuegelöbnis Innitzers an den Führer sowie die Loyalitätserklärung der Bischofskonferenz vom 18. März, die zwar auf Druck der Nationalsozialisten, aber gegen den ausdrücklichen Willen des Hl. Stuhls zustande gekommen war³⁴. Nuntius Cicognani ließ auch keinen Zweifel daran, dass der Druck Hitlers nicht der alleinige Grund für diese Erklärung gewesen war: Die gegen die Nationalsozialisten eingestellten Bischöfe Waitz, Gföllner und Pawlikowski seien eingeschüchtert³⁵ und Innitzer, der den Kontakt zur Nuntiatur abgebrochen und auch schon früher Anschlussympathien gezeigt habe, sei der Überzeugung, dass ihm allein die historische Aufgabe zukomme, die katholische Kirche und den Nationalsozialismus miteinander zu versöhnen, auch gegen den Willen des Hl. Stuhles und der deutschen Amtsbrüder³⁶.

Als die Erklärung der Bischofskonferenz am 27. März in den Kirchen verlesen wurde, sei sie bei vielen Gläubigen auf Unverständnis gestoßen und habe eine demoralisierende Wirkung gehabt, berichtete der damalige Regens des Innsbrucker Seminars und spätere Diözesanbischof Paul Rusch, wobei in diesem Dokument auch von Charakterlosigkeit Innitzers die Rede ist³⁷. Der nun auch für Österreich zuständige Berliner Nuntius Cesare Orsenigo ging sogar noch weiter: Innitzer übertreibe in seiner Servilität gegenüber den deutschen Behörden, ihm sei die Verhandlungsführung zu entziehen³⁸. Pacelli beorderte Anfang April 1938 Kardinal Innitzer nach Rom, wo er selbst und der Papst ihm persönlich ihr Missfallen ausdrückten und ihn nötigten, im Namen des österreichischen Episkopats eine vom Staatssekretariat konzipierte Erklärung zu unterzeichnen, die im „*Osservatore Romano*“ veröffentlicht wurde³⁹. Obwohl die Erklärung in Österreich weitgehend unbekannt blieb, reagierten nach den Berichten der vatikanischen Diplomatie die Nationalsozialisten wütend – sie hatten schon zuvor vergeblich versucht, Innitzer von der Romreise abzuhalten. Doch nicht nur der Hl. Stuhl, auch der deutsche Episkopat, allen voran der Bischof von Münster van Galen und der Berliner Bischof Preysing, fühlten sich von der Vorgangsweise Innitzers und der österreichischen Bischöfe desavouiert und befürchteten, dass, wenn Rom diesen Alleingang *duldet oder gar billigt*⁴⁰, die Situation der Katholiken im Deutschen Reich noch schwieriger werden würde. Die deutschen Bischöfe forderten daher von Pacelli *ein Wort des Hl. Stuhles zur Klärung und Aufmunterung*⁴¹. Diese Worte erfolgten nicht und der Berliner Nuntius konnte die österreichischen Bischöfe im Juli 1938 nur mit größtem persönlichen Einsatz von einer zweiten Loyalitätserklärung abhalten⁴².

Die Dokumente der folgenden Monate bis zum Sturm auf das Wiener Erzbischöfliche Palais im Oktober 1938 illustrieren die zunehmende Ernüchterung innerhalb der österreichischen katholischen

³³ Gesprächsprotokoll Pacellis mit Hudal vom 16. April 1938, fasc. 68, P.O. 910, fol. 38f. Hudal sollte allerdings für sich behalten, dass die Absage des *Te Deums* auf Intervention des Hl. Stuhls erfolgt war.

³⁴ Fasc. 71, P.O. 913.

³⁵ Pawlikowski legte seine Einschätzungen der Ereignisse am 8. Juli 1938 in einem umfangreichen maschinschriftlichen Memorandum dar, fasc. 70bis, P.O. 911, fol. 472–489. Am 11. August 1938 bedauerte er gegenüber Pacelli seine Unterschrift und begründete sie mit der hasserfüllten Stimmung der Nationalsozialisten gegen die katholische Kirche, weswegen die Bischöfe versucht waren, *zu retten, was noch zu retten war*. fasc. 70bis, P.O. 911, fol. 517.

³⁶ Bericht Cicognanis vom 12. April 1938, fasc. 70bis, P.O. 911, fol. 279–239. Ein maschinschriftlicher Bericht über die Verhandlungen zwischen den Bischöfen und den Nationalsozialisten ebd., fol. 62–71. Zur Haltung Innitzers und der Bischofskonferenz zum Anschluss siehe M. LIEBMANN, *Kardinal Innitzer und der Anschluss. Kirche und Nationalsozialismus in Österreich 1938* (Grazer Beizträge zur Theologiegeschichte 3). Graz–Wien–Köln 1988, sowie E. WEINZIERL, *Prüfstand. Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus*. Mödling 1988.

³⁷ Rusch vom 27. April 1938, ebd., fol. 319–325. Rusch kam wegen seiner klaren antinazistischen Haltung in Konflikt mit den Kirchenbehörden; siehe dazu das Memorandum von Erzbischof Waitz vom 5. Oktober 1938 gegen Rusch in fasc. 84, P.O. 919, fol. 28–30.

³⁸ *È inclinato a deferenza anche meno dignitose verso autorità statali ... alimentando così pericolo di una scissione in un clero già troppo aulico et per educazione poco romano. Occorre limitare alla Sua Eminenza poteri contrattuali*. Orsenigo an Pacelli vom 5. April 1938, ebd., fol. 262.

³⁹ *Si trattava di riparare un grande scandalo dato a tutto il mondo cattolico*, meinte dazu Pius XI. Das gedruckte Protokoll der Besprechungen Innitzers bei Pacelli und Pius XI. in fasc. 70bis, P.O. 911, fol. 31.

⁴⁰ August von Galen an Konrad Graf von Preysing, 20. Juni 1936, ebd., fol. 498.

⁴¹ Preysing an Pacelli, ebd., fol. 497.

⁴² Orsenigo an Pacelli vom 9. Juli 1938, fasc. 83, P.O. 919, fol. 6–9. Erzbischof Waitz – Orsenigo bezeichnete ihn als den servilsten der österreichischen Bischöfe – reiste tags darauf zu Pacelli nach Rom. Pacelli an Orsenigo vom 16. Juli 1938, ebd., fol. 14f.

Kirche hinsichtlich der versuchten Aussöhnung mit dem Nationalsozialismus. So stellte auch der bisher äußerst kritische Orsenigo anlässlich der Bischofskonferenz vom September 1938 fest, dass die österreichischen Bischöfe unter Führung Innitzers nun endlich zu einer klaren und unmissverständlichen Haltung gegenüber der Reichsregierung gefunden hatten⁴³. Die Verhandlungen mit Reichskommissar Bürckel wurden von Innitzer abgebrochen, was von Bürckel als Affront gewertet wurde⁴⁴. Die Ernüchterung der Bischöfe bezog sich, neben der Einführung der deutschen Ehegesetze, vor allem auf den Verlust des kirchlichen Einflusses auf die Jugenderziehung⁴⁵. Bischof Gföllner schrieb im September an Pacelli selbstkritisch, dass die Nationalsozialisten ihre Ideale in Österreich hinsichtlich der Jugenderziehung äußerst schnell umsetzten, *weil es in Österreich keinen Widerstand gibt*⁴⁶, und sogar Bischof Hudal forderte in einem umfangreichen Memorandum an Pacelli einen entschiedenen *Kampf gegen den Einbruch der nationalsozialistischen Ideen*⁴⁷. Es kommt in diesen Dokumenten zum Ausdruck, dass die von den deutschen Bischöfen in ihren Schreiben an Pacelli geäußerte Befürchtung, dass die an Selbstaufgabe grenzende Unterwerfung des österreichischen Episkopats unter den Nationalsozialismus die katholische Kirche in Deutschland noch stärker unter Druck setzen würde, innerhalb nur weniger Monate zur Realität geworden war. Es wurde deutlich, dass die katholische Kirche Österreichs und ihre Organisationen völlig gleichgeschaltet werden sollten, was sich in der Vernichtung der kirchlichen Jugendarbeit – die geistliche Aufsicht über den Religionsunterricht wurde aufgehoben, theologische Lehranstalten geschlossen –, der Beschränkung des katholischen Vereinswesens sowie in der Konfiszierung kirchlichen Eigentums zeigte.

Der schnelle Schwenk, den die österreichischen Bischöfe Anfang März vom katholischen Ständestaat hin zum nationalsozialistischen Deutschland vollzogen hatten, war wohl auf die persönliche Schwäche der Protagonisten und auf den enormen politischen Druck der Nationalsozialisten zurückzuführen, der so manchen Bischof nicht nur um die Zukunft der Kirche, sondern auch um Leib und Leben bangen ließ. Dennoch lässt dieser Schwenk erahnen, dass die ideologische und politische Verbindung der katholischen Kirche mit dem ständestaatlichen Regime nicht so tief war, wie es gemeinhin den Anschein hatte. Wie schon 1918/19 beim Übergang der Donaumonarchie zu den ‚Nationalstaaten‘, zeigte sich auch nun wieder, dass sich die katholische Kirche überraschend schnell auf die neuen politischen Verhältnisse einstellte. Das gilt auch für den von der Kirche so sehr geförderten ‚Österreichpatriotismus‘. Denn nur so ist es erklärbar, dass die katholische Kirche in den Tagen und Wochen nach dem Anschluss nicht selbstbewusster auftrat. Immerhin hatte sie als einzige über den Anschluss hinaus existierende ‚österreichische‘ Institution – die österreichische Bischofskonferenz blieb als solche vorerst bestehen, und auch die katholischen Organisationen konnten nicht sofort gleichgeschaltet werden – immer noch großes politisches Gewicht und verfügte über eine Massenbasis, die dem Nationalsozialismus skeptisch bis ablehnend gegenüberstand. Obwohl der Hl. Stuhl und einige deutsche Amtsbrüder eine distanziertere Politik gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern unterstützt hätten, nützten die Bischöfe diese kleine Chance nicht, verloren durch zweifelhafte Loyalitätserklärungen an Glaubwürdigkeit und schadeten damit nicht nur den Interessen der katholischen Österreicher. Als die Bischöfe ein halbes Jahr später ihren Irrtum erkannten⁴⁸, war es zu spät, denn nun verfügte die Kirche über keine institutionellen Grundlagen mehr, die eine zumindest in Ansätzen eigenständige politische Haltung ermöglicht hätten.

⁴³ Orsenigo an Pacelli vom 9. September 1938, fasc. 83, P.O. 919, fol. 19f.

⁴⁴ Innitzer an Bürckel vom 8. September 1938, fasc. 83, P.O. 919, fol. 26. Hier auch die Korrespondenz (in Abschrift) zwischen Bürckel und Innitzer.

⁴⁵ Fasc. 72–81, P.O. 918.

⁴⁶ Memorandum Gföllners an Pacelli vom September 1938 über die religiöse Situation in Österreich; fasc. 74, P.O. 918, fol. 58–62.

⁴⁷ Hudal an Pacelli vom 15. September 1938, fasc. 74, P.O. 918, fol. 67–79.

⁴⁸ Memorandum Waitz' und Innitzers vom 28. September 1938, fasc. 84, P.O. 919, fol. 13–24.